

**Protokoll über die gemeinsame Sitzung der Fachausschüsse „Bildung“ und „Soziales“ der Stadtteilbeiräte Findorff, Walle und Gröpelingen am 17.11.2010 um 18.00 Uhr im Ortsamt West, Waller Heerstraße 99, 3.OG**

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19.40 Uhr

Findorff: Fachausschuss „Bildung, Kultur und Sport“ Nr.: X/07/10  
Walle: Fachausschuss „Bildung und Weiterbildung“ Nr.: X/07/10  
Gröpelingen: Fachausschuss „Bildung, Kultur und Sport“ Nr.: X07/10

anwesend waren:

Findorff: FA „Bildung, Kultur und Sport“:

Frau Katharina Krieger  
Herr Oliver Otwiaska  
Herr Rolf Steinhilber  
Herr August Kötter (i.V. für Frau Cornels)  
Herr Peter Reinkendorf (i.V. für Herrn Cramm)

an der Teilnahme waren verhindert:

Frau Martina Cornels, Herr Carsten Cramm, Herr Fritz Gierschewski, Herr Jan Sörnsen

Walle: FA „Bildung und Weiterbildung“

Frau Ingrid Buschmann  
Herr Joseph Heseding  
Herr Wolfram Kaiser  
Frau Nicoletta Witt  
Herr Janos Sallai  
Frau Kristina Vogt ( i.V. für Herrn Horn)  
Herr Rolf Surhoff (i.V. für Herrn Pätsch)

an der Teilnahme waren verhindert:

Herr Jörg Harms, Herr Michael Horn, Herr Mirko Pätsch

Gröpelingen: Fachausschuss „Bildung, Kultur und Sport“

Herr Bernd Brejla  
Herr Alfred Ermschel  
Herr Aydin Gürlevik  
Herr Rolf Vogelsang

an der Teilnahme waren verhindert:

Herr Olaf Bartel, Frau Monika Boldt, Frau Gisela Carneiro-Mendes, Herr Nils Janssen, Frau Larissa Krümpfer, Herr Rolf Wroblewski

Findorff: Fachausschuss „Soziales, Jugend und Multikultur“ Nr. X/06/10  
Walle: Fachausschuss „Soziales, Jugend, Gesundheit und Sport“ Nr. X08/10  
Gröpelingen: Fachausschuss „Soziales, Jugend und Gesundheit“ Nr.: X/07/10

anwesend waren.

Findorff: Fachausschuss „Soziales, Jugend und Multikultur“

Herr Christian Gloede (ab 19.20)

Frau Angelika Kaukers

Frau Anja Wohlers

Frau Hille Brünjes (i.V. für Frau Powering)

an der Teilnahme waren verhindert:

Herr Rolf Götte, Herr Oke Oldenburg, Frau Inci Powering, Frau Brigitte Trümper

Walle: Fachausschuss „Soziales, Jugend, Gesundheit und Sport“:

Frau Brigitte Grziwa-Pohlmann

Frau Helga Mesch

Herr Franz Roskosch

Herr Jörg Tapking

an der Teilnahme waren verhindert:

Herr Oliver Bahn, Herr Gerd-Rüdiger Kück, Herr Christian Wietfeld

Gröpelingen: Fachausschuss „Soziales, Jugend und Gesundheit“:

Herr Norbert Holzapfel

Frau Ursula Neke

Frau Barbara Wulff

Herr Dieter Adam (i.V. für Frau Altun)

Frau Helga Ebbers

Herr Dieter Steinfeld (i.V. für Herrn Wroblewski)

an der Teilnahme waren verhindert:

Frau Diana Altun, Frau Ilse Bitomsky, Frau Monika Boldt, Frau Gisela Carneiro Mendes, Frau Margret Großer, Herr Enver Kuyuldar, Herr Rolf Wroblewski,

Es wird sich einvernehmlich dafür ausgesprochen, folgende Tagesordnung zu beraten:

**TOP 1:** Angestrebte Umstrukturierung des Jugendeinsatzdienstes (JED) der Polizei Bremen  
eingeladen: Herr Holger Münch, Polizeipräsident  
VertreterInnen des Senators für Inneres

**TOP 2:** Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

## TOP 1: Angestrebte Umstrukturierung des Jugendeinsatzdienstes (JED) der Polizei Bremen

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden zur gemeinsamen Sitzung der sechs Fachausschüsse „Soziales“ und „Bildung“ der Stadtteile Findorff, Gröpelingen und Walle.

Die Sitzung ist öffentlich und gut besucht.

Teilnehmende Gäste der Polizei Bremen sind Polizeipräsident Herr Holger Münch und der Leiter der Inspektion Mitte/West, Herr Rainer Backhaus. Aus dem Innenressort wird Projektleiter Herr Andree Lehmann begrüßt.

Der Senator für Inneres, Herr Ulrich Mäurer, kann aufgrund eines wichtigen auswärtigen Termins nicht an der Sitzung teilnehmen.

Herr Münch gibt zunächst anhand einer PowerPoint –Präsentation einen Überblick über Erkenntnisse zur Jugendkriminalität in Bremen.

Derzeit zeigt sich folgendes Bild:

- Die Kriminalitätslage hat sich insgesamt gebessert, im Städtevergleich hinkt Bremen allerdings immer noch hinterher. In den unteren Bereichen der Statistiken mit einer hohen Quote von Verfahren befinden sich Gewalt- und Eigentumsdelikte.
- Täter im Bereich von Gewaltkriminalität sind nach den Untersuchungen in der Regel jung und männlich.
- 5% aller Tatverdächtigen gehören lt. Herrn Münch in die Gruppe der Intensivtäter/Vielfachtäter (mindestens 10 Einträge). Diese Gruppe begehe 1/3 aller Straftaten.
- Kennzeichnend für Intensivtäter ist ein früher Einstieg in delinquentes Verhalten. Erste Auffälligkeiten zeigen sich bereits in der Kindheit; „Je stärker die Auffälligkeit im Jugendalter, desto früher die erste Straftat.“ So ist bei Erstauffälligkeiten im Alter von unter neun Jahren statistisch mit einem Anteil von massiv Delinquenten im späteren Jugendalter von 69% zu rechnen.
- Unterschieden werden:  
Erst- und Episodentäter, Schwellentäter, Intensivtäter. Diesen Gruppen werden seitens der Polizei jeweils unterschiedliche Interventionsformen zugeordnet.

Im Anschluss an den Überblick stellen die Vertreter der Polizei die Einbindung des Jugendeinsatzdienstes in den jetzigen Organisationsrahmen sowie Prinzipien der vorgesehenen neuen Organisationsform dar. Geplant ist die Auflösung der derzeit vier Jugendeinsatzdienste Mitte/West, Ost, Süd und Nord. Die Dienste und deren Tätigkeitsbereiche sollen unter dem Dach der Direktion Schutzpolizei, Polizeiinspektion „Regionale und Jugendkriminalität“ gefasst werden. Man erhofft sich durch die Reorganisation eine Reduzierung von internen Steuerungsdefiziten und Defiziten im Bereich Jugendermittlung.

Die betroffenen Beamten der Jugendeinsatzdienste sollen im Laufe des nächsten Jahres zu Jugendermittlern innerhalb der neuen Organisationsform Polizeiinspektion „Regionale und Jugendkriminalität“ weitergebildet werden.

Wichtiger Arbeitsinhalt ist dort das sogenannte „Patenprinzip“; persönliche Betreuer sollen für die Jugendlichen zuständig sein. Prävention wird zukünftig überwiegend über die Kontaktpolizisten der Stadtteile geleistet. Die Ansprechpartner an den Schulen sollen identisch bleiben.

Man erhofft sich über eine stärkere Kontrolle, eine frühe und schnelle Reaktion mehr Effektivität innerhalb der Arbeit.

#### Zeitschiene und personelle Ausstattung:

Laut Darstellung der Polizeivertreter dauert die Einführung der neuen Organisationsform insgesamt circa ein Jahr. Einen Probelauf gibt es nicht. Veränderungen seien über Umsteuerungen möglich. Es handele sich um ein entwicklungsfähiges Modell.

Am 25.11. 2010 tagt die Innendeputation, von dort soll eine Empfehlung an den Senat erfolgen. Geplant sind erste organisatorische Umstellungen ab Anfang 2011, ab Sommer 2011 soll die praktische Umsetzung starten.

Die vier Jugendeinsatzdienste sind derzeit mit 15 Personen besetzt. Ein Großteil der Arbeitszeit fließt in die Jugendfallbearbeitung ein. Zudem wird von 9 Personen circa 20% der Arbeitszeit für sogenannte Sonderlagen verbraucht.

Sollte es bei der Polizei Bremen zu weiteren Stelleneinsparungen kommen, dann werden nach Aussagen des Polizeipräsidenten zunächst die Aufgaben und Standards in anderen Bereichen und nicht das Personal in der Bekämpfung der Jugendkriminalität abgebaut, da es sich hier um einen strategischen Schwerpunkt handelt.

Insgesamt betrachtet komme es zu einer Personalaufstockung auf 27

Jugendermittler – insbesondere in der Polizeiinspektion Mitte / West würde dies im Jahr 2011 eine Steigerung um 4,5 Stellen bedeuten.

Innerhalb der Schutzpolizei sei mit einem Mehr an zielgerichteter Arbeitszeit für die Umsetzung der Konzeptionen zur Verhinderung krimineller Karrieren zu rechnen.

Auch die Arbeitsprozesse der Revierleitung, der Kontaktpolizisten und des Zivilen Einsatzdienstes sollen auf das „Phänomen Jugendkriminalität“ ausgerichtet werden.

Nach dem Einstiegsreferat der Polizeivertreter kommt es zu einer lebhaften Diskussion mit den Mitgliedern der sechs Fachausschüsse. Beiträge aus dem anwesenden (Fach)publikum werden zugelassen.

In der Zusammenfassung werden folgende Fragestellungen und Aspekte der Neuorganisation erörtert:

#### Sozialräumlicher Bezug / personenzentrierter Ansatz

Von verschiedenen Seiten wird geäußert, dass der jetzige JED über sehr gute Kontakte zu den Jugendlichen verfügt und überaus wirkungsvoll mit sozialen Einrichtungen und Institutionen (Schulen, Jugendfreizeitheimen) in den Stadtteilen kooperiert und fest verankert ist.

Befürchtet wird, dass dieser (über viele Jahre aufgebaute) personenzentrierte Ansatz verlorengelht und im neuen System nicht im gleichen Maße inhaltlich/personell erhalten werden kann. In der Arbeit mit Gruppen von Jugendlichen im Stadtteil, einzelnen Jugendlichen und ihren Familien handelt es sich um Beziehungsarbeit, die langfristig aufgebaut worden ist. Spezifische Kenntnisse von Strukturen im Stadtteil gehen verloren. Eine Trennung in Prävention durch die Kontaktbeamten und Ermittlungsarbeit im konkreten Ermittlungsverfahren wird als problematisch beschrieben. Gefragt wird nach dem Datenschutz in der neuen Organisationsform.

Mehrfach wird geäußert, warum ein so gut eingeführtes und funktionierendes System wie der JED des Bremer Westens aufgelöst werden muss. Es habe keine Evaluation des bestehenden Dienstes bzw. dessen Arbeitsweise gegeben.

#### Arbeit an Schulen und Jugendfreizeitheimen

Schulleitungen und ein Schulelternsprecher aus dem Bremer Westen (SZ Findorff: Herr Michael, SZ Grenzstraße: Herr Fabisch, SZ Rübekamp: Elternvertreter) und dem Findorffer Jugendfreizeitheim (Leitung Frau Schöpp) stellen unterschiedliche Aspekte der Kooperation mit dem JED sowie Erwartungen und Befürchtungen an das neue Modell dar.

Befürchtet werden u.a. unklare Zuständigkeiten nach der Umstrukturierung. Der JED habe geholfen, Kriminalität zu verhindern. Wird mit dem neuen Modell die Kriminalitätsrate ansteigen?

An Schulen und im Freizeitheim sieht man Jugendliche in peer groups, diese können nicht den bestehenden Reviergrenzen zugeordnet werden.

Teilweise wird bemängelt, dass die Schulen nicht bzw. zu spät über die neuen Planungen erfuhren. Gab es Kontakte wie beispielsweise die Schulleiterbesprechung in Walle, wurden diese als konstruktiv erlebt.

Mehrfach wird von Seiten der Schulen betont, wie wichtig ein enges Netzwerk, gute Prävention und „kurze Wege“ seien. Bei den weiteren Planungen müssen auch die allgemeinbildenden Schulen einbezogen werden.

Herr Münch, Herr Lehmann und Herr Backhaus betonen in ihren Antworten, dass die Anmerkungen und Forderungen der Fachausschussmitglieder und des Publikums in die weiteren Planungen einbezogen werden sollen. Mit dem SZ Findorff und dem Jugendfreizeitheim Findorff wolle man in den nächsten Tagen Kontakt aufnehmen. Es sei zudem fester Wille der Polizei, die bestehenden Netzwerke „mitzunehmen“ und familiäre Strukturen der Jugendlichen einzubeziehen.

Nach Abschluss der Rednerliste fragt der Vorsitzende stadtteilweise die Haltung der Ausschüsse ab.

Es ergab sich folgendes Bild:

#### Findorff

Die Findorffer Ausschüsse beharren auf ihrem bereits gefassten, ablehnenden Beschluss.

#### Gröpelingen

Die Gröpelinger Ausschüsse möchten in das weitere Beteiligungsverfahren eingebunden werden und sich erst im Verlauf dieses Beratungsprozesses positionieren.

#### Walle

Die Waller Ausschüsse relativieren ihre grundsätzlich ablehnende Haltung mehrheitlich dahingehend, dass sie einen breiten Prozess der Beteiligung anmahnen und ankündigen, die weitere Planungs- und Umsetzungsphase kritisch zu begleiten.

Die Vertreter der Fraktion der Linken gaben zu Protokoll, dass sie an der ursprünglich ablehnenden Haltung festhalten und weiterer Beratungsbedarf besteht.

**TOP 2:**      Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

Zu diesem Punkt gibt es keine Mitteilungen.

Der Vorsitzende dankt allen Anwesenden für die Teilnahme an der Sitzung.

Vorsitzender

Protokollantin

Hans-Peter Mester

Petra Müller

Gröpelingen:  
Stellvertr. Sprecher FA „Soziales...“

Sprecher FA „Bildung...“

Norbert Holzapfel

Rolf Vogelsang

Walle:  
Sprecher Fachausschuss „Soziales...“

Sprecher Fachausschuss „Bildung ...“

Franz Roskosch

Joseph Heseding